

Trotz der Ereignisse feils der höchsten
Geimat in warmer Liebe zu gedenken,
der uns auch das schriftliche Wort hinterließ:
„Ich verzichte auch jedes mir zugelegte Un-
recht, sei es durch Wort oder Tat, und trage
es niemandem nach“. Diese Worte der Liebe
aus dem jetzt für immer verstummten Munde
des alten Landesvaters sind und bleiben unser
Leitstern für Gegenwart und alle Zukunft.“

Gegen Hindenburg kandidieren: Hitler...

In einer Generalmitgliederversamm-
lung des Landes Berlin der NSDAP, die
am Montagabend im überfüllten Sport-
palast stattfand, teilte der Berliner Gau-
leiter Reichstagsabgeordneter Dr. Goeb-
bels unter minutenlangen stürmischen
Heifrisen den Anwesenden mit, daß Adolf
Hitler als Kandidat für die Reichsprä-
sidentenwahl aufgestellt wird.

Nachdem Dr. Goebbels in der Generalmit-
gliederversammlung etwa eine Stunde ge-
sprochen hatte, kam er auf die Präsidentschafts-
frage zu sprechen und erklärte dazu
u. a.: Wir wollen als Präsidenten einen
Führer, einen Mann, der aus dem Volke
herorgegangen ist, der mit uns kämpft und
führt, der mit uns leidet und empfindet.
Wir wollen einen Präsidenten, von dem jeder
deutsche Mann und jede deutsche Frau sagt:
Dem Mann möchte ich die Hand drücken,
weil ich weiß, daß in seiner Hand derselbe
Pulsschlag schlägt wie der meine. Als vor
vier Wochen zum erstenmal in diesem Saale
diese Frage aufgeworfen wurde, da standen
spontan 15 000 Menschen auf und jubelten
dem Namen unseres Führers zu. Ich selbst
habe damals jittersnden Herzens daneben
und durfte nichts sagen. Heute, Parteigenossen,
bin ich vielleicht der erste Glücklichste, der
Ihnen sagen darf, Hitler wird unser Reichs-
präsident! Ich weiß, Ihr seid Euch der
Größe dieser Stunde bewußt. Ich weiß
wohl, daß Ihr mich versteht, wenn ich sage:
„Hitler wird unser Reichspräsident“ und
nicht voraussetze, unser Kandidat, denn
wenn ich sage, er wird unser Kandidat, dann
weiß ich auch, daß er unser Reichspräsident
wird. Hitler selbst war in der Versammlung
nicht anwesend.

... und Duesterberg

Wie von deutschnationaler Seite be-
stätigt wird, haben die Deutschnationalen
und der Stahlhelm Oberstleutnant a. D.
Duesterberg als Kandidaten für die
Reichspräsidentenwahl aufgestellt. Die
Deutschnationalen und der Stahlhelm ha-
ben sich zum schwarz weiß roten Wahlblock
zusammengeschlossen.

Das Landvolk hat seine Entscheidung getroffen

Im Reichstag hielt gestern der Reichsaus-
schuß der Deutschen Landvolkpartei, der sich aus
dem Parteivorstand, den Fraktionsführern und
den Vorsitzenden der Wahlkreisorganisationen
zusammensetzt, eine Sitzung ab, in der alle
Wahlkreise vertreten waren. Nach eingehender
Aussprache wurde einstimmig eine Entschlei-
fung angenommen, in der der Reichsaus-
schuß die Initiative der Parteiführung und der
Reichstagsfraktion für die Kandidatur von
Hindenburg begrüßt. Weiter heißt es, daß die
Landvolkpartei geschlossen für Hindenburg ein-
tritt, da er allein durch seine überparteiliche
Haltung und sein persönliches Ansehen heute
imstande sei, alle getrennten und willigen Kräfte
für den Neuaufbau und den Befreiungskampf
zusammenzufassen. Demgemäß lehne das
Landvolk jede Veranlassung der Hindenburg-
Wahl mit parteipolitischen Forderungen ab.

Der SPD-Parteivorstand soll die Parole ausgeben

Der Parteiaus-
schuß der sozialdemo-
kratischen Partei nahm am Montag einen län-
geren Vortrag des Parteivorstandes über
die politische Lage im Hinblick auf die
Reichspräsidentenwahl entgegen. Nach ein-
gehender Aussprache beauftragte der
Aus-
schuß den Parteivorstand einstimmig,
über die Parole zur Reichspräsidentenwahl
von sich aus die Entscheidung zu fällen.

Führer der christlich-nationalen Bewegungsgeloben neue Treue

Der Reichspräsident empfing gestern die
Führer der christlich-nationalen Bewegung,
Bührens vom Reichsverband länd-
licher Arbeitnehmer, Wehly vom Deutschnatio-
nalen Handlungsgehilfen-Verband, Waltrusch
von den Christlichen Gewerkschaften, Kümmele
vom Gesamtverband der Verkehrs- und
Staatsbediensteten, ferner Vertreter des Ver-
bandes weiblicher Handels- und Büroangestell-
ten, des Gewerkschaftsverbandes der Heimarbeiterinnen
und des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Diese
gaben ihrer Freude darüber Ausdruck, daß
Hindenburg noch einmal die Bürde des hohen

Großreinemachen der Großbanken

Umbau mit Hilfe des Reiches

Kraft Notverordnung

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht fol-
gende Notverordnung des Reichspräsi-
denten über die Sanierung von Bankunter-
nehmen vom 20. Februar:
Auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der
Reichsverfassung wird verordnet:

§ 1.
Die Reichsregierung ist im Hinblick auf
die Wirtschaftskrise ermächtigt, zum Zwecke
der Sanierung von Bankunternehmen die
erforderlichen Maßnahmen zu treffen.
Sie kann für solche Zwecke insbesondere

a) das Reich an Bankunternehmen
beteiligen und die erforderlichen Ein-
lagen leisten, sowie erworbene Betei-
ligungen veräußern,

- b) Abweichungen von den Vorschriften
des Handelsrechts für einzelne Fälle
oder Fälle bestimmter Art zulassen,
- c) Sicherheiten zu Lasten des Reiches
übernehmen,
- d) zu Lasten des Reiches vor Inkraft-
treten dieser Verordnung übernom-
mene Sicherheiten ablösen oder Aus-
schreibungen für das Erlösen sol-
cher Sicherheiten setzen,
- e) Beiträge bis zu insgesamt 250 Mil-
lionen Mark ausgeben,
- f) bis zu 400 Millionen Mark im Wege
des Kredits beschaffen.

§ 2.
Diese Verordnung tritt mit ihrer Ver-
föndung in Kraft. Die Reichsregierung
bestimmt den Zeitpunkt, in dem die Ver-
ordnung außer Kraft tritt.

Die deutsche Wirtschaft wird auf dem reparierten „Instrument“ wieder spielen können

Reichsfinanzminister Dietrich zog ge-
stern in einer Pressebesprechung noch ein-
mal die Bilanz der Juli-Krise, die nun
einen gewissen Abschluß gefunden hat.

Es ist das erstmal in der Geschichte
des Wirtschaftslebens, daß Kapital in
diesem Umfang einer Volkswirtschaft
entzogen wurde. Ist

und daß die einzelnen Gläubiger sich nicht
auf die Rückzahlung ihrer Kredite von ein-
zelnen Instituten beschränkt, sondern ihre
Rückzahlung auf die einem ganzen Bank-
system gegebenen Kredite ausgedehnt ha-
ben. Die Gelder, die in Erwartung spä-
terer Konsolidierung zum großen Teil mit
Kenntnis der Gläubiger in die Wirtschaft
ausgeliehen und von dieser zur Investition
in langfristigen Anlagen verwendet
wurden, wurden abrupt zurückgezogen,
ohne daß Deutschland eine ruhige allmäh-
liche Abwicklung dieser Kredite ermöglicht
wurde. Der Bankenzusammenbruch im
Juli und die in seinem Erfolg eingetrete-
nen Kreditfälligkeiten und Schrumpfungen
der Wirtschaft

wären gar nicht oder sicherlich nicht in
diesem Umfang eingetreten, wenn
man Deutschland eine sanftere Ab-
wicklung ermöglicht hätte.

Die Regierung hat entscheidendes Gewicht
darauf gelegt, daß alle vier Großbanken
am selben Tag mit einer offenen Dar-
legung über den Stand ihrer Verhältnisse
herauskommen und daß gleichzeitig nach
erfolgter Vereinigung die Rekonstruk-
tionen bekanntgegeben werden, um nicht
durch verschiedenartige Bekanntgabe der
einzelnen Reorganisationsmaßnahmen
neue Risse auf die einzelnen Institute
auszulösen. Wenn man alles überblickt,
so findet man, daß bei aller Verschieden-

heit der Rekonstruktionen der einzelnen
Banken

ihre innere Stärke gegeneinander so
abgewogen ist, daß menschlichem Er-
meßen nach alle Gefahren behoben sind.

Der Verlust, den die Aktionäre der Groß-
banken erleiden, ist schwer. Wenn das
Reich sich auf den Standpunkt gestellt hat,
daß den Aktionären ein bescheidener Teil
ihres Vermögens belassen werden muß,
so deswegen, weil sie an dem Verhängnis,
das über das deutsche Volk im vorigen
Sommer hereingebrochen ist, nicht schuldig
sind und weil

die Krise der Großbanken nicht auf
ihre falsche Führung, sondern auf die
Nervosität des Auslandes, teilweise
auch des Inlandes zurückzuführen

ist, die einen Sturm entfesselte, dem keine
Bank der Welt gewachsen gewesen wäre.
Man darf auch nicht übersehen, daß die
Aktionäre vielfach den Kundenkreis der
Banken darstellten, der allein zur Wieder-
belebung der Banken beitragen kann.

Abschließend führte der Reichsfinanz-
minister aus: Es sind nunmehr alle Vor-
setzungen getroffen, den Banken neues
Leben zu schenken und sie als Instrument
der deutschen Wirtschaft, die ohne ein
Bankwesen überhaupt nicht bestehen kann,
zu erhalten.

Die Reuterung apostrophiert an alle be-
teiligten Kreise des Volkes,

zunehmend durch Ruhe und Besonnenheit
und vor allem durch normale Führung
ihrer Geld- und Kreditgeschäfte mitzuhal-
ten, daß das große Werk der Wiederher-
stellung des deutschen Bankwesens ein
Grundpfeiler der Genesung aus der schwe-
ren Krise abgeben kann.

Der Zweck der Sanierung

Im Anschluß an die Ausführungen des
Reichsfinanzministers erklärte in der Presse-
besprechung der Reichsbankpräsident Dr. Luther,
daß der Zustand, die Danaosbank unter dauernder
Reichsgarantie und unter Mitwirkung von
Treuhandern zu erhalten, sehr starke Hindernisse
für die regelmäßige Geschäftsführung in sich
geschlossen habe. Die Zusammenlegung der
Commerz- und Privatbank und des Barmer
Bankvereins sei von der Reichsbank ebenfalls
wie von der Reichsregierung gewünscht worden.

Die Zusammenlegung habe sich auf ganz
normalem Wege dadurch vollzogen, daß beide
Banken zueinander wölkten.

Die Reichsbank von sich fühlte sich zur Offen-
legung solange verpflichtet, bis die private Kapital-
bildung in Deutschland diese Stellung überflüssig
mache. Eine Treuhandstelle mit nach Möglichkeit
weitgehender Unabhängigkeit werde die Verwal-

tung der übernommenen Aktien ausüben. Die
Form dafür sei noch nicht festgelegt. Auf dem
Wege von der Reichsbank zur Treuhandstelle
werde die Goldkreditbank eingeschaltet werden.

Auf Befragen erklärte der Reichsfinanz-
minister u. a., daß er eine Erörterung der Banken-
frage im Reichstag gegenwärtig nicht für an-
gebracht halte.

Der Reichstag werde mit einem solchen Vor-
gehen dem deutschen Volke einen Bärendienst
erweisen.

Jedenfalls werde die Reichsregierung im Reichs-
tag dazu keine Stellung nehmen. Bestimmte
Zahlen über die Verluste des Reiches aus der
Verbindung mit den Banken vermochte der Mi-
nister nicht zu nennen. Alles hänge davon ab,
daß das Vertrauen zu den Banken wieder-
hergestellt werde.

und schweren Amtes auf sich nehmen wolle.
Sie versicherten ihm der unbedingten Treue
seiner in dieser Bewegung zusammengeschlos-
senen alten Wähler von 1926.

Hindenburg antwortete mit Worten des
Dankes für das ihm erwiesene Vertrauen; er
habe die Kandidatur übernommen nicht aus
den Händen einer Partei oder einer Partei-
gruppe, sondern unter Wahrung seiner vollen
Unparteilichkeit und in dem Willen, mit sei-
ner letzten Kraft dem Vaterland und dem deut-
schen Volke zu dienen.

Der Hindenburg-Ausschuß bittet um Geld

Das Kuratorium der Hindenburg-Aus-
schüsse ist am Montagabend zu seiner konsti-
tuierenden Sitzung zusammengetreten. Den
Vorsitz hat Geheimrat Duesterberg übernommen.
Das Kuratorium fordert zur
Bildung von Landes- und Ortsausschüssen auf,
soweit dies noch nicht geschehen ist. Durch

eine Volksstimmung soll weitesten Kreisen
Gelegenheit gegeben werden, durch Geld-
spenden die Wiederwahl des Feldmarschalls zu
fördern.

Am Freitag senkt sich die Waage

für oder wider Brüning

Der Vorkonvent des Reichstages hat
gestern beschlossen, heute im Anschluß an eine
vorausichtlich nur kurze Erklärung des
Reichsministers des Innern Brüning sofort
mit der politischen Debatte über Innen- und
Außenpolitik, insbesondere auch über die
Mißtrauensanträge, die Anträge auf Auf-
hebung des Reichstages und auf Aufhebung
der Notverordnung vom 8. Dezember 1931,
zu beginnen. Die Abstimmung über sämtliche
Anträge soll am Freitag erfolgen.

An der heutigen Sitzung nahmen auch
Vertreter der Deutschnationalen und der Na-
tionalsozialisten teil. An die Ausführungen

des Reichsinnenministers Dr. Brüning über
die Lage für die Reichspräsidentenwahl wird
sich sofort die große politische Aussprache
über Innen- und Außenpolitik anschließen.
Für jede Fraktion sind drei Stunden Rede-
zeit vorgesehen. Der Reichstag wird sich am
Freitag bis nach dem ersten Wahlgang zur
Reichspräsidentenwahl vertagen.

Die Nationalsozialisten gehen aus Ganze

Die im Reichstag jetzt eingegangenen An-
träge der Nationalsozialisten bestehen aus
einem Mißtrauensantrag gegen das Reichs-
kabinett, einem Antrag auf Auflösung des
Reichstages und einem Antrag auf Aufhe-
bung sämtlicher seit 1930 erlassenen
Notverordnungen.

Endgültige Ablage der Deutschen Volkspartei

Ueber die Fraktionsführung der DVP. im
Reichstag wird folgender Bericht ausgegeben:
„Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei
hat den Beschluß gefaßt, ein Miß-
trauensvotum gegen das Reichskabinett ein-
zubringen und bei der Abstimmung Frak-
tionszwang auszuüben. Die Deutsche Volkspartei
wird ihren Antrag mit einer be-
sonderen Erklärung verbinden, in der die
selbständige oppositionelle Stellung der
Partei hervorgehoben wird.“

Das Barometer der deutschen Not

Am 15. Februar waren bei den Arbeits-
ämtern 6 127 000 Arbeitslose eingetragen.
Das bedeutet gegenüber dem 1. Februar
eine Zunahme um 85 000 Personen. Der
Höhepunkt der Arbeitslosigkeit dürfte vor-
ausichtlich erst Ende Februar erreicht sein.
Die Zahl der Unterstützten in der Arbei-
tslosversicherung betrug am 15. Februar 1 643 000.

Die österreichische Regierung beabsichtigt Volksentscheid über die Todesstrafe

In einer politischen Versammlung be-
schloß sich Bundeskanzler Dr. Buresch ein-
gehend mit der Todesstrafe. Er erklärte,
die Achtung vor dem Menschenleben müsse
wiederhergestellt werden. Wer mordet, wer
vorsätzlich einem Menschen das Leben raubt,
hat selbst das Recht auf das Leben verliert.
Um Justizirrtümer zu vermeiden, werde man
die Todesstrafe eben nur in vollkommenen
klaren Fällen verhängen, also dann, wenn
ein Irrtum ausgeschlossen sei und wenn der
Verbrecher ein vollkommen zurechnungs-
fähiger Mensch sei. Es liege der Regierung fern,
ihren Willen der Bevölkerung aufzudrängen.
Das Volk selbst solle entscheiden. Der Volks-
entscheid über die Todesstrafe sei ein Ge-
bot der Stunde.

Eine Losanleihe zugunsten der Industrie

In einer Rede erklärte der österreichische
Bundeskanzler, die Regierung trage sich u. a.
mit dem Gedanken, eine Losanleihe ähnlich
der spanischen Weihnachtanleihe (Nöterlei)
anzulegen, deren Ertrag ausschließlich der
österreichischen Industrie zugute kommen soll.
Dazu verlaute, daß sich die Regierung über
die näheren Einzelheiten der Losanleihe noch
mit führenden Finanzkreisen unterhalten will.

Die Vereinigten Staaten ehren ihren Gründer

Präsident Hoover eröffnete Montag
mittag mit einer großen Gedenkrede im Ran-
gare des Freiens anlässlich des 200. Geburts-
tages des Begründers der Vereinigten
Staaten George Washington. Am Nach-
mittag fand südlich von Washington in
Alexandria eine große Parade statt. Darauf
besuchten die amtlichen Persönlichkeiten
Mount Vernon, wo Washington bis zu seiner
Berufung zum Führer gegen die Engländer
als reicher Planer lebte und nach dem
Freiheitskampf im Jahre 1799 gestorben ist.
In Newport wurde der Washingtonstag zu
Mittag mit einer großen Parade vor dem
Bürgermeister Walker begangen. Auch im
Laufe der nächsten neun Monate werden
Feiern zu Ehren Washingtons in ganz
Amerika stattfinden.

Die japanischen Wahlen haben ihren Zweck erreicht

Nach dem vollständigen Ergebnis der japa-
nischen Wahlen erhalten: die Regierungspartei
Seiyukai 301 Sitze, die Oppositionspartei
Minseitō 149, die Proletarierpartei 5 Sitze.
Die übrigen Parteien teilen sich in 11 Sitze.
Die absolute Mehrheit der Regierungspartei
beträgt 186.

Wettervorhersage

Hauptsächlich stark bewölkt. Derlich Rebe-
bildung. Temperaturverhältnisse nicht durch-
greifend verändert. Zeitweise leichte Nie-
erschläge, nur in höheren Gebirgslagen als
Schnee.

Som
wird un
achien, d
schilder
noch nid
Zuabelo
pflichtig
aber im
find, leit
angebr
der P
Frei
wie auch
überwad
geführt
vor dem
behen P
In de
bei ein
Straß
zum W
mutlich
langten
Eped u
Aus
Straß
Nacht zu
und ein
Mängel
und hab
In d
wurde
einem
Ferne
scheide
n a n d
diesem
Auslage
Sportan
Perfor
können,
amt, N
Sehand
fichet.
h. Ein
früh in
Baugne
grundbr
rer Post
gen St
gen in
ausföhr
für (E
tehrsch
h. D
führt ed
tende Z
lang als
Tredens
Ramen
geteilte
len. Zu
schbare
Pauli,
weintli
dalein.
am 20.
neuprob
kaulen
h. B
jan, be
lezmalen
lich ver
im Mit
Jahre G
malgele
h. P
Frei
lichen
ernent
Tredes
Präsident
eine G
Pöhne u
Froy, a
von de
abau
getrad
führt, i
auf ver
langbr
lei. G
einer m
der Rat
treten
h. S
sist
mehr m
Oillele
ern. J
eine 2
Etrabe
Hilfeli
wieder
Unläh
Reuert
Dort
Oz
hoch be
sch um
h. J
Tages
Tages
träger
son
festgeh
am 25
bornen
von d